



Rede im Deutschen Bundestag am 10.11.2011

Thema: Weniger Bürokratie für den Mittelstand

Ein Handwerksbetrieb hat durchschnittlich 9 Mitarbeiter: Den Meister, die Gesellen und die Auszubildenden. Oft übernimmt die Ehefrau die Buchführung. Eine Personal- oder Rechtsabteilung gibt es in unseren Betrieben nicht.

Statistische Erhebungen, Meldepflichten und die vielen zusätzlichen Dinge werden also von Mitarbeitern erledigt, die ansonsten Kostenvoranschläge erarbeiten, oder Löhne berechnen. Jede zusätzliche Informations- oder Dokumentationspflicht wird zu einer echten Belastung.

Denn nur um diese unnötigen Pflichten geht es bei der Bürokratie-Debatte. Viele Regelungen sind im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sogar notwendig. Geordnete Strukturen ermöglichen erfolgreiches unternehmerisches Handeln und den sozialen Zusammenhalt. Unnötige Bürokratie kostet aber in erster Linie Zeit und Geld. Viele Rechtsgebiete sind durch jahrelange Veränderungen und politische Kompromisse unüberschaubar geworden. Unternehmer können das Steuerrecht, das Tarifrecht, Hygieneverordnungen usw. ohne externen Rat gar nicht mehr überblicken.

Wir alle sind für Bürokratieabbau.

Jeder beklagt sich, aber leider übersteigt oft, das ist meine Wahrnehmung, die Angst vor Veränderung das Interesse nach Erneuerung. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn leider ist die öffentliche Wahrnehmung, was die Abschaffung von Bürokratie angeht, gering.

Es gibt viele Pflichten, die für die Unternehmen keinen Mehrwert haben. Insgesamt übernehmen die deutschen Unternehmen 651 bürokratische Tätigkeiten, für deren Kosten sie alleine aufkommen.

Die Rahmenbedingungen für erfolgreiches Unternehmertum orientieren sich an Auftragslage, Investitionen usw.

Die Wirtschaftslage ist gut in unserem Land, auch im Handwerk. Möglicherweise kommen aber wieder schwierige Zeiten auf uns zu. Deshalb ist die Entlastung unserer Betriebe so wichtig.

Wir arbeiten aktiv auf zwei Ebenen:

- 1. Abbau von Bürokratie** bei bestehenden Gesetzen und
- 2. Vermeidung von Bürokratie** bei neuen Gesetzen.

Hier kommt dem **Normenkontrollrat** eine wichtige Aufgabe zu. Seine Einsetzung und die Behandlung des Themas auf höchster Ebene – nämlich direkt im Bundeskanzleramt - gehört meiner Meinung nach mit zu den Meilensteinen der politischen Entscheidungen der letzten Jahre.

Das Abbauziel von 25 Prozent haben wir vor fünf/sechs Jahren lange diskutiert. Uns war klar, dass diese Marke sehr anspruchsvoll ist.

In den vergangenen Jahren haben wir viele Gesetze überprüft. Es gibt viele Erfolgsmeldungen – auch für das Handwerk.

Ein Beispiel:

Im **MEG III** haben wir damals die Grundlage für die Handwerkszählung geändert. Mindestens 460.000 der 1 Million Handwerksbetriebe haben davon profitiert. Wir greifen nicht mehr auf direkte Erhebungen in den Betrieben zurück, sondern nutzen bereits vorliegende Verwaltungsdaten.

Die erste **Handwerkszählung** nach dem neuen Verfahren liegt seit diesem Sommer übrigens vor. Das hat hervorragend geklappt.

Zweites Beispiel

Auch die Entfristung bei der Ist-Besteuerung ist ein Beitrag zum Bürokratieabbau. Wir haben dauerhaft und deutschlandweit die Umsatzgrenze für Ist-Besteuerung auf 500 000 Euro festgelegt. Das schafft Rechtssicherheit für Unternehmen und die Finanzverwaltungen.

Zu den Forderungen in unserem Antrag gehören die **Aufbewahrungsfristen**:

Aufbewahrt werden müssen Handelsbücher, Aufzeichnungen, Inventar-Listen, Jahresabschlüsse, Lageberichte, Geschäftsbriefe, Buchungsbelege, Zollanmeldungen usw.usw. Das alles müssen Originale sein und sie müssen feuer- und wasserfest gelagert werden, und das bis zu 10 Jahren.

Das Problem der zusätzlichen Lagerfläche ist mit Kosten verbunden. Die jährliche Anpassung ist aufwändig und im Grundsatz muss alles jederzeit den Behörden zur Verfügung stehen. Hier sehen wir Handlungsbedarf.

Die Befreiung der **Kleinstunternehmer** von der Bilanzierung ist unser Anliegen und auch einer der Kernvorschläge auf EU-Ebene.

Die EU will ja mit einem eigenen Bürokratieabbau-Programm die Verwaltungslasten bis Ende 2012 deutlich verringern. Ziel sind auch hier 25 Prozent oder 150 Milliarden Euro. Denn gerade die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen ist auch in Europa angekommen. **Think Small First:**

Auch hier geht der **KMU-Test** auf europäischer Ebene in die richtige Richtung. Das betonen wir in unserem Antrag. Brüssel wird als Quelle von überbordender Bürokratie wahrgenommen. Hier müssen wir aber sichtbarer vorankommen, um die Akzeptanz auch für die EU zu verbessern.

Auch die Wirtschaft selbst ist gefragt. Im Bereich der **Normung** funktioniert das bereits sehr gut. Normen ermöglichen den Betrieben, sich schnell und umfassend über Abläufe zu informieren. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen erfordert europaweit einheitliche Vorschriften. Dadurch werden unzählige Einzelbestimmungen vermieden. Die Weiterentwicklung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Alles in allem haben wir viel zu tun, um die Wirtschaft von Bürokratie zu entlasten. Dazu braucht es Überzeugungskraft und Mut für Entscheidungen.

Ich lade Sie ein, daran mitzuwirken!

Zum Wohle der Wirtschaft, von Handwerk und Mittelstand, zum Wohle von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.